

HEINZ GROSSEKETTLER

Adolf Lampe, die Transformationsprobleme zwischen Friedens- und Kriegswirtschaften und die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath

1. Problemstellung und Überblick

Über Adolf Lampe wird wenig geschrieben. Man weiß, dass sein Leben ein tragisches war: Wegen vermuteten Widerstandes gegen die Nationalsozialisten wurde er ins Konzentrationslager geworfen, wegen seines Buches „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ (1938) wurde er von den Franzosen gefangen genommen. Die doppelte Gefangenschaft hat – so wird angenommen – seine Gesundheit ruiniert und zu einem frühen Tod geführt.

Wenn man heute über Lampe spricht, blendet man die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ in der Regel als eine Art Fehltritt aus und betont seine Mitarbeit in den Freiburger Kreisen und in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath. Damit geht aber ein Sinnzusammenhang verloren, der für Lampes Arbeit als Sozialökonom typisch war: die Frage nach den Möglichkeiten, Mängel von realen Wirtschaftsordnungen in der Rolle – wie er sich ausdrückte – eines „Wirtschaftsarztes“ zu diagnostizieren und heilen zu helfen und dabei erforderlichenfalls auch größere Transformationsprozesse sinnvoll zu gestalten.¹ Lampe hat sich dieser Aufgabe in vielfältigen Zusammenhängen gewidmet. Vieles, was er dabei geschrieben hat, war zeitgebunden und ist dogmengeschichtlich nicht von Bedeutung, weil die ökonomische Theorie in diesen Arbeiten nicht weiterentwickelt, sondern nur angewandt wurde. In *einer* Hinsicht aber hat er Neuland betreten: in der Untersuchung der Fragen, (1) was ein „Wirtschaftsarzt“ Wirtschaftspolitikern raten kann, die sich – aus welchen Gründen auch immer – zur Vorbereitung eines Krieges entschieden haben, und (2) welche Ratschläge er bei der Umstellung einer Kriegs- auf eine Friedenswirtschaft geben kann. Dabei geht Lampe – anders als die meisten seiner Zeitgenossen und wohl auch für viele heute noch überraschend – davon aus, dass ein *marktwirtschaftlicher* Ordnungsrahmen auch im Krieg erstrebenswert sei. Frage 1 beantwortet er in seiner „Allgemeinen Wehrwirtschaftslehre“, Frage 2 in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath.

¹ Lampe (1951: insb. 82–88) spricht i.d.R. nicht von Nationalökonomien oder Volkswirten, sondern von Sozialökonomien. Deren Aufgabe besteht nach ihm darin, eine Theorie der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel zu entwickeln, Koordinationsmängel aufzudecken und zu heilen.

Ich werde im Folgenden zunächst einen knappen Überblick über Lampes Leben und Werk geben und mich dann auf das in dieser Form einzigartige Spezialthema Lampes konzentrieren: die Transformationsproblematik, wie sie in der „Allgemeinen Wehrwirtschaftslehre“ und in der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath behandelt wurde.

2. Adolf Lampe: Leben und Werk

Adolf Lampe wurde am 8. April 1897 in Frankfurt am Main als Sohn einer großbürgerlichen Kaufmannsfamilie geboren.² In seinem Elternhaus herrschte eine weltoffene und liberale Atmosphäre.³ Nach dem Notabitur trat er am 5. September 1914 – also mit siebzehn Jahren (!) – als Kriegsfreiwilliger in den Dienst im Heer ein. Er wurde Leutnant der Reserve, verwundet und mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse ausgezeichnet.

Anfang 1919 trat Lampe in das Freikorps „Feldmarschall Hindenburg“ ein, in dem viele seiner Kriegskameraden dienten. Er war dort zunächst als Werbe-, dann als Unterrichtsoffizier tätig. „Freikorps“ waren Freiwilligenverbände, aus denen 1921 die dann als „Reichswehr“ bezeichneten Streitkräfte der Weimarer Republik hervorgingen. Man wird allein schon aus der Zugehörigkeit zu einem Freikorps und aus Lampes wiederholtem Eintreten für Hindenburg auf eine konservative und patriotische Grundhaltung und auf eine frühe Ablehnung der Nationalsozialisten schließen dürfen, denn die Anhänger Hindenburgs standen damals ja in Konfrontation zu den Nationalsozialisten. Diese Einschätzung wird durch einen Brief Lampes an seine Eltern aus dem Jahr 1923 bestätigt, der als Anhang 1 abgedruckt ist.

Im Wintersemester 1919 nahm Lampe das Studium der Nationalökonomie in Frankfurt am Main auf. Bereits im vierten Semester begann er eine Dissertation bei Adolf Weber, mit dem er 1921 an die Universität München wechselte und der ihn wissenschaftlich und menschlich stark beeinflusst hat.⁴ Die Dissertation trägt den Titel „Versuche zur Theorie des Unternehmergewins“ und wurde 1922 vollendet (Lampe 1922). Ähnlich wie in einem kurz darauf veröffentlichten Aufsatz über die Verteilungslehre (Lampe 1923) betont er hierin die Rolle von Unternehmern als Aufspürer von Arbitragemöglichkeiten (Kordinationslücken) und spaltet den Gewinn im Wege einer Kritik an Schumpeter in Eigenkapitalverzinsung, Unternehmerlohn und eine Qualitäts-Differenzialrente im Vergleich zum Grenzünternehmer auf.

² Zu den biographischen Angaben vgl. vor allem Schulz (1996) sowie Beckerath (1959) und Blumenberg-Lampe (Hg.) (1986: 613).

³ Adolf Lampes älterer Bruder Heinz Lampe (1893-1955) hat zwar eine antijüdische Schrift verfasst; der Vater, Willy Lampe, bezeichnete dies jedoch in einem Brief an Adolf Lampe als einen „schlimmen Schlag“ (Schulz 1996: 228).

⁴ Adolf Weber wurde auch Habilitationsvater Lampes. Dieser gehörte damit zu einer Schule, der auch Erich Carell, Bernhard Pfister, Alfons Schmitt und Alfred Kruse angehörten (Brandt 1993: 421).

Im Anschluss an seine Promotion arbeitete Lampe als Assistent Webers und ab 1922 gleichzeitig als Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Handelskammer München. Diese Kombination entsprach seinem bereits früh ausgesprochenen Wunsch nach Verbindung von Theorie und Praxis. Das Schwergewicht seiner Tätigkeit änderte sich 1923: Nun wurde er Vollassistent bei Weber sowie Dozent an der Verwaltungsakademie München und nahm in der Handelskammer nur noch die Stellung eines beratenden Volkswirts wahr. Gleichzeitig arbeitete er an seiner Habilitationsschrift, die 1926 veröffentlicht wurde. Ihr Titel lautet: „Zur Theorie des Sparprozesses und der Kreditschöpfung“ (Lampe 1926). Im Rahmen einer Kritik der Theorie des Bankkredits von Hahn (1920) setzt er sich dabei auch mit der so genannten Zinsknechtschaftslehre der Nationalsozialisten auseinander (Lampe 1926: 130–164).⁵ Dies verstärkte die Spannungen zwischen ihm und den Nationalsozialisten weiter. Es erstaunt daher nicht, dass Lampe 1933 auf der Basis des § 4 des „Berufsbeamtengesetzes“ wegen politischer Unzuverlässigkeit vorübergehend mit seiner Entlassung rechnen musste (Nachweise bei Breker 2002: 101). Später traten auch offensichtliche Oppositionshandlungen hinzu, z.B. die Rückgabe seines Offizierspatents aus Protest gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Holland und Belgien im Jahre 1940 (Schulz 1996: 225 f.) und die Mitwirkung an der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises der Bekennenden Kirche (Thielicke (Mitarb.) 1979).⁶

Im Frühjahr 1925 wurde Lampe habilitiert und erhielt die *Venia legendi* für „Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft“. Er blieb zunächst als Privatdozent in München und heiratete im Sommer des gleichen Jahres seine Frau Gertrud, die Tochter des Weingutbesitzers Georg Schmitt aus Nierstein. Zum Wintersemester 1926 wurde Lampe als Außerordentlicher Professor an die Universität Freiburg berufen. Nach Schulz (1996: 225), der sich auf den Nachlass Lampe stützt, soll diese Berufung vor allem von Karl Diehl (1864–1943) unterstützt worden sein, dem Gründer der so genannten „sozialrechtlichen Schule“. Diese ist mit dem amerikanischen Institutionalismus verwandt, kann als Vorläufer der Neuen Institutionenökonomik betrachtet werden und setzte sich bereits vor Böhm (1933 und 1937) mit der Wirtschaftsverfassung und ihren Wirkungen auf ökonomische Prozesse auseinander (Brandt 1993: 267–

⁵ Zur Zinsknechtschaftslehre vgl. Feder (1933: insb. 11–14 u. 51–78). Zum nationalsozialistischen Wirtschaftsdenken insgesamt vgl. Janssen (2000: 84–130).

⁶ Zur Darstellung dieser Mitwirkung und zur Entstehung der Freiburger Kreise vgl. vor allem Blumenberg-Lampe (1973), Goldschmidt (1997), Kluge (1978) und Rübsam-Haug (1994). Lampe ist als Mensch wohl nur zu verstehen, wenn man seiner tiefen Religiosität Rechnung trägt. Dies kommt auch in den Anhängen zu diesem Aufsatz zum Ausdruck, die seine Tochter dankenswerterweise gleichsam als schriftliche Zeitzeugen zur Verfügung gestellt hat. Die christliche Motivation zu seinem Werk ist allerdings nicht Gegenstand dieses Aufsatzes, sondern nur das Werk selbst, wie es dem heutigen Leser beegnet und auf ihn wirkt.

271).⁷ Maßgeblich für Diehls Unterstützung dürfte die starke Praxis- und Institutionenorientierung Lampes gewesen sein, die sich auch in der Einladung von Praktikern in seine Seminare sowie der Diskussion aktueller politischer Fragen und einer Berufsberatung für Volkswirte niederschlug (Schulz 1996: 225).⁸

Schon nach einem Jahr in Freiburg veröffentlichte Lampe (1927) ein weiteres Buch, das er Adolf Weber „in aufrichtiger Dankbarkeit und Verehrung“ widmete: „Notstandsarbeiten oder Lohnabbau?“ Er fordert hier eine Umstellung der staatlichen Arbeitslosenpolitik, die auch heute noch modern klingt: „An die Stelle des unwirtschaftlichen Interventionismus vorwiegender Unterstützungspolitik muss ein produktiver Interventionismus treten, der darauf abzielt, die Bedingungen des wirklichen Arbeitsmarktes jenen der idealen freien Konkurrenz möglichst anzunähern“ (Lampe 1927: 129). In diesem Sinne müsse es zu einer Lohnsenkung kommen, die vom Staat mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln begleitet wird.

Im Anschluss an dieses Buch wandte Lampe sich in Lehre und Forschung vermehrt der Finanzwissenschaft zu, die sich damals vor allem als eine Steuerwissenschaft verstand. Er veröffentlichte eine größere Anzahl von Spezialartikeln im „Wörterbuch der Volkswirtschaftslehre“ und trat in mehreren Arbeiten im „Finanzarchiv“ für eine zentrale Stellung der Einkommensteuer ein (zum Überblick: Beckerath 1959: 438).

Aus Lampes weiterem Werk sind drei Veröffentlichungen besonders hervorzuheben: eine größere Abhandlung über „Binnenhandel und Binnenhandelspolitik“ (Lampe 1933), die noch näher zu besprechende „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ (Lampe 1938) und die posthum veröffentlichten „Umriss einer allgemeinen Theorie der Wirtschaftspolitik“ (Lampe 1951).

Insbesondere im letztgenannten Werk kommt zum Ausdruck, was Lampe als einen Theoretiker der Wirtschaftspolitik besonders auszeichnete und was ihm beim Erarbeiten konkreter Vorschläge als innerer Kompass gedient hat: Lampe verlangt von einer „Allgemeinen Theorie der Wirtschaftspolitik“,

- dass sie ein überzeitlich und überörtlich geltendes System von gesellschaftlich wichtigen Ordnungsaufgaben ausarbeitet (Lampe 1951: 117),
- dass sie sich vom Harmonieglauben der Klassiker löst und gedanklich zulässt, dass die (wünschenswerte und von Gleichgewichtsmodellen als

⁷ Franz Böhm (1895–1977) hat sich so intensiv mit wirtschaftsverfassungsrechtlichen Fragen auseinandergesetzt, dass er vielfach als Schöpfer des Begriffes „Wirtschaftsverfassung“ angesehen wird. Streng und formal genommen, ist dies falsch; inhaltlich gesehen können die Böhmischen Werke „Wettbewerb und Monopolkampf“ sowie „Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung“ (Böhm: 1933 und 1937) aber tatsächlich als Beginn einer ordnungsökonomisch untermauerten Lehre von der Wirtschaftsverfassung aufgefasst werden.

⁸ Für Lampe (1923: 41) bestand „der vornehmste Zweck aller wissenschaftlich volkswirtschaftlichen Arbeit in der Gewinnung ‚praktischer Resultate‘“, d.h. – so sagt er etwas später (1923: 420) – von Resultaten, die „praktisch beachtenswert“ sind.

Koordinationsziel auch richtig beschriebene) perfekte Koordinierung des Handelns der Wirtschaftsakteure in der Realität zeitweilig oder dauerhaft verfehlt werden könnte und dass insoweit merkliche Unterschiede zwischen Soll und Ist existieren könnten (Lampe 1951: 86–96), und

- dass sie, von einer Mängeldiagnose ausgehend (Lampe 1951: 106), dort – und nur dort – besondere Ordnungselemente in eine „bedingungsge-regelte (halb-automatische) Konkurrenzwirtschaft“ einbaut, „wo die Selbstregelung den Anforderungen des friktionsfreien Ablaufs nicht ent-spricht“ (Lampe 1951: 211).

Dies ist eine Aufgabenstellung, die der heute vorherrschenden Ansicht nahe kommt, dass der Staat sich auf die Sicherstellung eines notwendigen Ord-nungsrahmens und die Bekämpfung von Marktversagen oder – allgemeiner – Koordinationsmängeln beschränken sollte; die Aufgabenstellung zeichnet sich aber gleichzeitig dadurch aus, dass implizit – ohne den Begriff zu gebrauchen – auf Transaktionskosten als Reibungswiderstände verwiesen und damit ge-rechnet wird, dass hieraus auch Instabilitäten resultieren können, d.h. dass die Störung eines Gleichgewichts 1 aufgrund von Reibungswiderständen nicht da-zu führt, dass ein Gleichgewicht 2 realisiert wird.⁹

Wer eine solche Grundeinstellung hat, wird sich als Wissenschaftler und volkswirtschaftlicher Berater („Wirtschaftsarzt“) natürlich besonders heraus-gefordert sehen, wenn eine Volkswirtschaft grundlegend umstrukturiert wer-den muss. Unterstellt man, dass es zu einem dem Ersten Weltkrieg vergleich-baren oder noch schrecklicheren Krieg kommen *kann* (wenn auch *nicht muss*), bietet es sich deshalb – wie schon dargelegt – an zu fragen, wie der Umstel-lungsprozess auf die Kriegswirtschaft durch einen „produktiven Interventio-nismus“ (ein Schlüsselwort Lampes) erleichtert und wie die Leiden der Men-schen dadurch gelindert werden könnten. Die Antwort hat Lampe mit seiner „Allgemeinen Wehrwirtschaftslehre“ und seinen Beiträgen zu den Vorschlä-ge[n] der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath gegeben, auf die in den folgenden beiden Abschnitten näher eingegangen werden soll. Vorher ist allerdings noch zu zeigen, warum die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ als „Lampes Schicksalsbuch“ bezeichnet werden kann und wie sein Leben weiter verlief und schließlich endete.¹⁰

⁹ In der heutigen Allgemeinen Gleichgewichtstheorie wird – meist implizit – unterstellt, dass alle Gleichgewichte dynamisch stabil sind. Lampe kannte diese – erst nach dem Zweiten Weltkrieg ausgearbeitete – Theorie natürlich noch nicht, sondern wandte sich lediglich gegen die Vorstellung einer praestablierten Harmonie. Im Grunde genommen hat er mit seinen Hinweisen auf Reibungswiderstände aber Thesen zur potentiellen Instabilität von Marktpro-cessen vorweggenommen, wie sie erst sehr viel später auf der Basis von Analysen zur Rolle von Transaktionskosten entwickelt wurden (ausführlich hierzu Grossekkettler, 1997: 41–44 u. 103–132, sowie Ulph und Ulph 1975).

¹⁰ Die Bezeichnung der „Allgemeinen Wehrwirtschaftslehre“ als „Schicksalsbuch“ stammt von Triebenstein (1968: 34).

Die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ wollte den Übergang von der Friedens- in die Kriegswirtschaft in marktwirtschaftlicher Weise erreichen und sah die Effizienz der Marktwirtschaft als Mittel zur Minderung der ungeheuren Kosten an, die ein Krieg der Bevölkerung auferlegen würde (siehe Abschnitt 3). Dies verstieß in zweierlei Hinsicht gegen die damalige offizielle Politik: Zum einen sollten die Kosten der Aufrüstung und des Krieges verschwiegen und verschleiert werden, und zum anderen war eine ähnliche Strategie der Wirtschaftsumstellung wie im Ersten Weltkrieg geplant: zunächst das Einspannen von Kartellen und Verbänden in eine kooperative Wirtschaftslenkung und längerfristig der Übergang zu einer Art kapitalistischen Zentralverwaltungswirtschaft. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass Lampe vom zuständigen Referenten des Wehrwirtschaftsstabes im Auftrag des Chefs dieser Behörde vor einer Veröffentlichung – jedenfalls offiziell – gewarnt wurde (Schulz 1996: 229 f.).¹¹ Dass Lampe sich über diese Warnung hinwegsetzte, dürfte den späteren Verdacht der Gestapo auf eine Zusammenarbeit mit der Widerstandsgruppe des 20. Juli verstärkt haben. Unmittelbarer Anlass für diesen Verdacht war ein Kontakt mit Goerdeler, auf den im Abschnitt 4 noch einzugehen ist. Jedenfalls wurde Lampe Anfang September 1944 verhaftet und bis Ende April 1945 in einem Gestapo-Gefängnis und im Gefängnis des Konzentrationslagers Fürstenberg gefangen gehalten und verhört. Von dort konnte er im Zuge des Einmarsches der Sowjets entkommen.

Lampe nahm seine Universitätstätigkeit in Freiburg im Sommer 1945 wieder auf (Schulz 1996: 232). Hierauf wird gleich noch eingegangen. Vorher ist jedoch die zweite Schicksalswirkung der „Allgemeinen Wehrwirtschaftslehre“ zu schildern.

Diese ist möglicherweise im Zusammenhang mit der Mitwirkung Lampes an der politischen Reinigung der Universität in der Nachkriegszeit und mit seinem Auftreten gegen Heidegger zu sehen, der sich seinerseits des besonderen Schutzes seines Freundes Sartre erfreute (Schulz 1996: 234). Jedenfalls wurde Lampe – vermutlich aufgrund einer Intrige – im März 1946 von der französischen Besatzungsmacht verhaftet, als Hochschullehrer entlassen und bis Ende Juli 1946 im Konzentrationslager Betzenhausen bei Freiburg gefangen gehalten. Ihm wurde vorgeworfen, dass die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ der Vorbereitung des Totalen Krieges gedient habe und dass hierin der Einsatz von Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte gefordert wurde.

Zum ersten Teil des Vorwurfs ist zu sagen, dass die Anwendungsmöglichkeiten von Lampes „Umstellungsrezept“ im Prinzip nicht auf Deutschland beschränkt waren und dass er in seiner „allgemeinen“ Lehre nur an einer Stelle Deutschland als Adressaten nennt (Lampe 1938: 14), sonst jedoch irgendein Land gleichen Entwicklungsstandes vor Augen gehabt haben könnte. Tatsäch-

¹¹ Vgl. hierzu auch den im Anhang 2 abgedruckten Brief des Majors i.G. Beutler. Neben der offiziellen Warnung gab es inoffiziell möglicherweise aber ein gewisses Maß an Billigung und gemeinsamer Opposition zur offiziell verordneten Politik (Rüther 2002: 119–121; Triebenstein 1968: 33).

lich hätten also auch die Engländer oder Franzosen seine Vorschläge nutzen können, und ironischerweise kam die Politik der Engländer der von Lampe geforderten viel näher als die deutsche. Die Behandlung der Frage „Wie bereitet man die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung vor?“ mag etwas Makaberer haben; sie ist gleichzeitig aber wissenschaftlich herausfordernd, und ihre Lösung kann – so Lampe (ebd.) – der Steigerung der Wehrkraft dienen, umgekehrt aber auch – so könnte man ergänzen – der Linderung der Leiden der Bevölkerung.

Mit Bezug auf den zweiten Teil des Vorwurfs ist darauf hinzuweisen, dass Lampe (1938: 77) die Kriegsgefangenenfrage nur in einem einzigen kurzen Abschnitt erwähnt: Er schlägt vor, Kriegsgefangene in nach Berufen getrennten Lagern unterzubringen – als Beispiele nennt er Landarbeiter-, Schuster- oder Schneiderlager –, diese Lager, geleitet von Unternehmern, als Produktionsbetriebe einzusetzen und die Kriegsgefangenen als Arbeitskräfte durch Gewinnbeteiligung zu motivieren. Dass er solche Arbeitseinsätze erwägt, vertritt sich vollkommen mit dem Kriegsvölkerrecht. Das Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen sieht nämlich in Art. 49 die Möglichkeit einer Arbeitspflicht für gefangene Mannschaftsdienstgrade vor und verbietet in Art. 52 lediglich gesundheitsschädliche und erniedrigende Arbeiten. Genau dies ist bei berufsgemäßen Arbeitsleistungen aber ausgeschlossen.

Wer die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ gelesen hat, wird die Vorwürfe gegen Lampe somit als an den Haaren herbeigezogen und für völlig unberechtigt halten.¹² Man wird auf der anderen Seite aber auch nicht behaupten können, dass das Buch objektiv ein „Anti-Kriegsbuch“ darstelle. Es ist einfach eine wissenschaftliche Analyse von Problemen, die – rein wirtschaftlich gesehen – im Zusammenhang mit Kriegen auftreten, deren Eintrittsmöglichkeit als solche als Erfahrungstatsache unterstellt wird.¹³

Nach seiner Entlassung aus der Haft der Franzosen im Juli 1946 wurde Lampe als rehabilitiert betrachtet und konnte sein Professorenamt wieder aufnehmen. Er wandte sich erneut seiner Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath zu und nahm auch an der Rothenburger Hochschullehrertagung 1947 zur Vor-

¹² Zur Unterstützung dieser These sei auf den Anhang 3 verwiesen, in dem ein von den Nationalsozialisten verfolgter jüdischer Universitätsprofessor zur gleichen Einschätzung gelangt.

¹³ Schulz (1996: 230) und Triebenstein (1968) stufen die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ als Anti-Kriegsbuch ein. Wie vor allem die als Anhang 4 abgedruckte Widmung belegt, die Lampe in die Ausgabe für seine Frau („seinen besten Kameraden“) geschrieben hat, ist das mit Blick auf die Motivation des Autors subjektiv wohl auch durchaus richtig. Triebenstein (1968) hat außerdem Recht, wenn er betont, dass Lampe für moderne Kriege eine lange Dauer und gewaltige wirtschaftliche Lasten voraussagt. Lampe prognostiziert aber – anders als von Triebenstein (1968: 37) behauptet – in diesem Buch nicht explizit, dass Deutschland einen eventuellen Krieg verlieren werde, und er fordert auch nicht, dass Kriegsvorbereitungen unterbleiben.

bereitung der Wiedergründung des Vereins für Socialpolitik teil.¹⁴ Ende 1947 erhielt er einen Ruf an die Universität Bonn als Nachfolger von Stackelbergs. Lampe wollte zum Abschluss der Berufungsverhandlungen nach Bonn fahren, nahm aber vorher an einer Tagung des „Hilfswerk 20. Juli 1944“ in der Nähe von Göttingen teil. Hier wollte er dafür werben, dass das „Hilfswerk“ nicht nur karitative Zwecke wahrnimmt, sondern sich auch politischen Problemen im Rahmen einer „Aufbaugruppe Goerdeler“ widmet (Schulz 1996: 236). Während eines Mittagsspazierganges starb er plötzlich und unerwartet. Triebenstein (1968: 34) führt den Zusammenbruch auf die doppelte Inhaftierung zurück; das erscheint plausibel, bleibt aber natürlich Spekulation. Walter Eucken bezeichnete Lampe in seiner Rede zur Beisetzung am 16. Februar 1948 als „unermüdlichen Motor der Freiburger Kreise“ (Schulz 1996: 236).

3. Die Transformation einer Friedens- in eine Kriegswirtschaft: Lampes „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“

Die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ folgt – obwohl vorher entstanden – bereits weitgehend der Grundkonzeption der Lampeschen Theorie der Wirtschaftspolitik:

- Sie geht von einer Aufgabendiagnose aus,
- fragt, wie die Aufgabe im Rahmen einer reibungslos funktionierenden Konkurrenzwirtschaft über Veränderungen von relativen Preisen erledigt würde, und
- arbeitet hierauf aufbauend heraus, welche Ablaufferleichterungen in einer geregelten Konkurrenzwirtschaft zur Überwindung von Friktionen und zur Stabilisierung von Gleichgewichten geschaffen werden sollten.

Lampe (1938: VII) kommt es vor allem auf die Bestimmung der „Möglichkeiten und Bedingungen des Einsatz(es) privater Unternehmerinitiative in der Wehrwirtschaft“ an, d.h. auf die Nutzung der Findigkeit von Unternehmern beim Aufspüren von effizienten Möglichkeiten einer Aufgabenerfüllung, beim Ausnutzen von Preisdifferenzen und bei der Anpassung an Marktpreisänderungen. Dass die Einführung in das Buch mit „Wehrwirtschaft als Aufgabe“ überschrieben ist und somit stark an Böhms (1937) „Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe“ erinnert, könnte vielleicht mehr als ein Zufall sein. Die „Aufgabe“ besteht darin, dass sich Friedens- und Kriegswirtschaft in der industriellen Gesellschaft sehr stark unterscheiden und folglich eine erhebliche Umstellungsarbeit erforderlich wird, eine Transformationsarbeit, die von einem gleichgewichtigen Ablauf 1, der Friedenswirtschaft, über die Beseitigung von Reibungswiderständen in einer Phase der „Wirtschaftsmobilmachung“ (Lampe 1938: 15) zu einem Gleichgewichtsablauf 2 führt, der „Wehrwirtschaft im Krieg“ (Lampe 1938: 72).

¹⁴ Der Verein für Socialpolitik hatte sich 1936 unter dem Vorsitz von Dietzes aufgelöst, um nicht gleichgeschaltet zu werden (Helmstädter: 1987).

Die Bewältigung dieser Transformationsaufgabe dürfe nicht – so führt er aus – in einem „aggressiven Geist“ vorgenommen werden und müsse von dem Bewusstsein getragen sein, dass „auch die Kriege der Zukunft, *wirtschaftlich* gesehen, nur Verlierer kennen“ (Lampe 1938: 2, Hervorhebung im Original).¹⁵ Deshalb sei „strengste Wirtschaftlichkeit“ (Lampe 1938: 5) erforderlich und seien die (naturgesetzlichen) Wirtschaftsgesetze zu beachten (ebd.). Man müsse sich deshalb aus Effizienzgründen einer *marktwirtschaftlichen* Wehrwirtschaftspolitik bedienen (Lampe 1938: 12) und auf jede Form von Preiszwangswirtschaft verzichten (Lampe 1938: 13).¹⁶

Man dürfe aber nicht davon ausgehen, dass eine unregelte Marktwirtschaft in der Lage sei, die Transformationsarbeit friktionslos zu bewältigen. Es sei zwar richtig, eine unregelte, friktionslose Konkurrenzwirtschaft zum gedanklichen Ausgangspunkt von Überlegungen zu machen; anschließend müssten auf der Basis dieses Leitbildes aber „sachdienliche Eingriffe“ (Lampe 1938: 10) herausgearbeitet werden. Es seien somit Gestaltungselemente zur Milderung von Friktionen zu entwerfen (in unserer heutigen Sprache also zur Senkung von Transaktionskosten), die im Rahmen einer halbautomatischen Konkurrenzwirtschaft eingesetzt werden können (Lampe 1938: 7). Letztlich komme es darauf an, „ein wehrwirtschaftliches System mit geringstmöglicher Änderung der gegebenen Wirtschaftsordnung gedanklich zu gestalten“ (Lampe 1938: 172). Mit anderen Worten: Die Koordinationsfunktion des marktwirtschaftlichen Preissystems soll auch in den Phasen der Wirtschaftsmobilmachung und der Wehrwirtschaft im Kriege erhalten bleiben; sie darf zwar unterstützt, nicht aber durch einen zentralen Volkswirtschaftsplan ersetzt werden.

Im Rahmen dieses Aufsatzes kann nicht auf die Fülle von Einzelregelungen zur Transaktionskostensenkung eingegangen werden, die Lampe vorschlägt. Es sei lediglich auf einige *Basisfragen* eingegangen, die besonders wichtig erscheinen.

¹⁵ Vielleicht hat Triebenstein (1968: 37) aus diesem Zitat geschlossen, dass Lampe prognostiziert habe, Deutschland werde den Krieg verlieren. Das ist aber eine inhaltlich völlig andere Aussage als die oben zitierte.

¹⁶ Das war damals eine durchaus ungewöhnliche (und politisch gefährliche) Forderung, die der später verfolgten Politik diametral entgegengesetzt war. Ein zentralverwaltungswirtschaftliches Gegenmodell vertrat im gleichen Jahr z.B. Scherbening: Produktivvermögen dürfe zwar nicht verstaatlicht werden, weil dies die Umstellungsarbeiten nur kompliziere und deshalb gerade in der Phase der Kriegsvorbereitung kontraproduktiv sei; es solle aber für eine einheitliche Leitung auf der Basis eines Zentralplans und mit Hilfe staatlicher Preisfestsetzungen gesorgt werden (Scherbening 1938: 37–53). Es sollte also letztlich eine kapitalistische Zentralverwaltungswirtschaft errichtet werden. Zur späteren tatsächlichen Organisation vgl. Blaich (1987), Eichholtz (1996) und Kroener, Müller und Umbreit (1988). Zur tatsächlichen kriegswirtschaftlichen Organisation im Ersten Weltkrieg vgl. wiederum Scherbening (1938).

Ein erstes Problem bestehe darin sicher zu stellen, dass ein *Gesamtausgleich von Angebot und Nachfrage* erreicht wird. Dies werde in der Phase der Wirtschaftsmobilmachung dadurch gefährdet, dass die Umstellung eines Großteils der Produktion auf den Streitkräftebedarf zu einer „Zerstörung der Marktverbindungen“ und damit zu einer „Verwirrung der Marktwirtschaft“ führe (Lampe 1938: 16). Gleichwohl müsse die private Kaufkraft auf ein „physiologisches Existenzminimum“ (Lampe 1938: 17) herabgedrückt werden. Was dann noch privat gekauft werden könne und was andererseits mit den vorhandenen Produktionsmitteln zur Befriedigung des Streitkräftebedarfs bereit gestellt werden könne, hätten die Betriebe weiterhin am Markt zu erkunden; es dürfe ihnen mangels ausreichender Informationen nicht vom Staat vorgeschrieben werden. Die Umstellungsarbeit könne allerdings dadurch erleichtert werden, dass vom Staat deklariert wird, was angesichts des Ernstes der Lage *nicht* produziert werden dürfe (Lampe 1938: 19). Ergänzend könnten so genannte „Füllaufträge“ und „Notmärkte“ eingesetzt werden, welche Kleinbetrieben die Anpassung an die neue Nachfragestruktur erleichtern (Lampe 1938: 55–61).

Bei der Erreichung und Bewahrung eines gesamtwirtschaftlichen Angebots-Nachfrage-Gleichgewichts spiele auch die *Mobilmachungsfinanzierung* oder – allgemeiner – die *Kriegsfinanzpolitik* eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang weist Lampe (1938: 61) auf das dem Fürsten Montecuccoli zugeschriebene Wort hin, ein Krieg koste „Geld, Geld und nochmals Geld“. Hieraus dürfe man nun aber nicht ableiten, dass man Kriege über vorher gebildete Schätze finanzieren könne, denn das führe lediglich zu Preissteigerung (Lampe 1938: 65–68). Eine Kreditfinanzierung über Auslandskredite sei im Prinzip geeignet, dürfte aber gerade in Kriegszeiten nur begrenzt möglich sein (Lampe 1938: 160). Wehrwirtschaftlich käme es stets darauf an, den privaten Konsum herabzudrücken und die Versorgung der Streitkräfte damit güterwirtschaftlich abzusichern (Lampe 1938: 3), gleichzeitig aber die Produktionsanreize für die Anbieter aufrecht zu erhalten (Lampe 1938: 146 f.). Deshalb verbiete sich – abgesehen von einer kurzen Übergangsfrist – eine Kapitalmarktfinanzierung über Anleihen im Inland, die hauptsächlich Investitionen verdrängten, oder über Vermögensabgaben, die nur eine Umverteilung schon vorhandenen Kapitals bewirken würden (Lampe 1938: 168–172). Es verbleibe letztlich nur eine Steuerfinanzierung und hier vor allem eine Finanzierung über eine Erhöhung der Einkommensteuer (Lampe 1938: 176–190).

Auf weitere Politikbereiche kann nur cursorisch eingegangen werden.

So spricht sich Lampe (1938: 97) mit Blick auf den *Außenwert der Währung* des kriegsführenden Landes für eine *Zertifikatslösung* aus, die auf Krogmann (1931) zurückgeht: Zur Stabilisierung des Wechselkurses werden für nachgewiesene Warenausfuhren so genannte „Einfuhrscheine“ verteilt, die handelbar sind. Importe von Waren oder Devisenkäufe werden nur gegen Vorlage solcher Einfuhrscheine zugelassen.

Auch auf *Wettbewerbsprobleme* geht Lampe ein. Er beschäftigt sich relativ ausführlich mit Monopolfragen (Lampe 1938: 119–130) und fordert, dass auf keinen Fall neue Monopolstellungen entstehen dürften, weil dies zu einer Produktionsverknappung führen werde; bestehende Monopole blieben dagegen eher erträglich, denn sie hätten Anreize, auf Nachfrageverlagerungen in der richtigen Richtung zu reagieren. Gleichwohl fordert er, dass Kartelle aufgelöst werden (Lampe 1938: 129). Insgesamt soll nach Leistungswettbewerb gestrebt werden (Lampe 1938: 128).

In *arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Hinsicht* warnt er davor, dass verbandsmäßig ausgehandelte Tariflöhne dazu tendierten, zu hoch zu sein und daher zu Arbeitslosigkeit zu führen. Dieser Verzerrung müsse entgegengewirkt werden. Er schlägt deshalb eine Verbindung betrieblicher und überbetrieblicher Lohnregelungen unter staatlicher Führung vor: Ausgangspunkt soll die natürliche Arbeitslosigkeit einer Branche sein; werde diese längere Zeit unterschritten, seien Lohnerhöhungen statthaft, gelte das Umgekehrte, wären die Tariflöhne zu senken (Lampe 1938: 144 f.).¹⁷

In Bezug auf die *Agrarpolitik* und die *soziale Seite der Nahrungsmittelproduktion* weist er darauf hin, dass die Nahrungsmittelversorgung im Ersten Weltkrieg nicht so sehr wegen verringerter Einfuhren zusammengebrochen sei, sondern aufgrund eines Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion, der nicht auskömmlichen Preisobergrenzen und einem Entzug von Arbeitskräften geschuldet war (Lampe 1938: 147). Sozialen Gesichtspunkten dürfe deshalb nicht mit Preisobergrenzen, sondern müsse mit individuellen Sozialtransfers für Bedürftige Rechnung getragen werden (Lampe 1938: 152).

Damit soll der Überblick über Lampes Ausführungen zum Friedens-Kriegs-Transformationsproblem beendet werden. Im nun folgenden Abschnitt ist das umgekehrte Transformationsproblem aus der Sicht der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath zu behandeln. Es stellt ein Problem dar, auf das Lampe in seiner Wehrwirtschaftslehre bereits hingewiesen, auf dessen Diskussion er damals aber bewusst verzichtet hatte (Lampe 1938: VIII).

4. *Die Transformation einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft: Die Arbeitsgemeinschaft von Beckerath*

4.1 *Entstehung der Arbeitsgemeinschaft im Dritten Reich*

Über die Entstehungsgeschichte der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath unterrichten die Dissertationen von Christine Blumenberg-Lampe (1973: 29–52), der Tochter von Adolf Lampe, und von Daniela Rüter (2002: 102–157) ausführlich. Deshalb kann dieser Abschnitt kurz gehalten werden.

Die Arbeitsgemeinschaft von Beckerath kann als eine private Fortsetzung der „Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre“ betrachtet werden, die 1940 innerhalb der „Akademie für Deutsches Recht“ gegründet worden war. Letzte-

¹⁷ Der Begriff „natürliche Arbeitslosigkeit einer Branche“ wird nicht näher erläutert.

re befasste sich seit 1934 mit der Aufgabe, „die Neugestaltung des deutschen Rechtslebens zu fördern und ... das nationalsozialistische Programm auf dem *gesamten* Gebiet des Rechts zu verwirklichen“ (Thierack 1943: 121). Sie diskutierte zunächst vorwiegend juristische Fragen und begann erst 1940, im Rahmen einer Klasse IV zur „Erforschung der völkischen Wirtschaft“ auch über Wirtschaftsordnungsfragen zu debattieren (Blumenberg-Lampe 1973: 30).¹⁸ Leiter der Klasse IV wurde Jens Jessen, der eine Professur in Berlin inne hatte. Er hat sich im Laufe der Zeit von einem Anhänger des Regimes immer mehr zu einem Gegner gewandelt und wurde am 7. November 1944 wegen Nichtanzeige einer hoch- und landesverräterischen Straftat (der Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli) vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 30. November 1944 gehängt (Schlüter-Ahrens 2001: 89 f.). Er organisierte die Arbeit der Klasse IV in neun Arbeitsgemeinschaften, unter denen die „Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre“ unter dem Vorsitz Erwin von Beckeraths die Stellung eines Zentralausschusses einnehmen sollte (Blumenberg-Lampe 1973: 31–33).

In der Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre wirkten neben von Beckerath unter anderem von Dietze, Eucken, Lampe, Preiser, Schmolders, von Stackelberg und Wessels mit; erster Verhandlungsgegenstand war eine Diskussion von Euckens „Grundlagen der Nationalökonomie“ von 1940 (Blumenberg-Lampe 1973: 31–33). Wie aus der in Anhang 5 abgedruckten Protokollnotiz vom 30.10.1941 hervorgeht, schlugen Lampe u.a. aber bereits 1941 vor, sich mit der Frage der Transformation einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft zu befassen, die dann zum Hauptthema der nun zu behandelnden Arbeitsgemeinschaft von Beckerath wurde.

1943 wurde die Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre, die ihrerseits in weitere Unterausschüsse gegliedert war, zusammen mit der Akademie für Deutsches Recht als „nicht kriegswichtig“ aufgelöst (Blumenberg-Lampe 1973: 37). Beckerath wurde aber – u.a. wohl von Jessen – gedrängt, die Arbeit auf privater Basis fortzusetzen (ebenda). Er griff diese Anregung auf und organisierte ein erstes Treffen im März 1943 in Freiburg (Blumenberg-Lampe 1973: 38 f.). Dies war die Geburtsstunde der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath, einer Bezeichnung, die auf Lampe zurückgeht, der sich als Schriftführer zur Verfügung stellte und über sein Institut die technische Abwicklung vornahm (Blumenberg-Lampe 1973: 40). Zum ersten Treffen geladen waren Böhm, von Dietze, Eucken, Jessen, Lampe, Preiser, Schmolders, von Stackelberg und Wessels; Jessen, Preiser und Schmolders konnten der Einladung allerdings nicht folgen (Blumenberg-Lampe 1973: 39). Später stießen dann noch Gerhard Albrecht (als Spezialist für Sozialpolitik und Währungsfragen) und Fritz Hauenstein, der Leiter des Wirtschaftsteils der Kölnischen Zeitung, als

¹⁸ Zur Vorgeschichte der Klasse IV und dem Zusammenhang mit einem so genannten „Professorenausschuss“, der ein – maßgeblich von Eucken und Lampe beeinflusstes – Gutachten (vor allem) zur Kriegsfinanzierung erstellt hatte, vgl. Rüther (2002: 102–135).

Spezialist für praktische Bankpolitik hinzu (Blumenberg-Lampe 1973: 43).¹⁹ Die Arbeitsgemeinschaft tagte vom März 1943 bis zum Juli 1944 achtmal in Freiburg; hinzu traten zwei Treffen im April 1943 in Jena und Bad Godesberg.

4.2 Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft

Die Arbeitsgemeinschaft setzte sich das Ziel, ein Gemeinschaftsgutachten zu verfassen, in dem „die Grundlinien einer Übergangswirtschaft aus dem Krieg in den Frieden und die Gestaltung einer neuen Wirtschaftsordnung nach dem Zusammenbruch des Regimes“ besprochen werden sollten (Beckerath 1949: 602). Selbstverständlich konnte man diese Zielsetzung 1943 nicht so ausdrücken. Obzwar alle Teilnehmer davon ausgingen, dass der Krieg verloren werden würde (Blumenberg-Lampe 1973: 40), beschrieb Lampe die „Aufgabe“ im Entwurf eines Vorgutachtens deshalb verklausuliert: Man müsse davon ausgehen, dass die europäischen Länder aufgrund der Kriegswirkungen keine Reparationen zahlen könnten. Deshalb wären alle Staaten sogar in einer europäischen Großraumwirtschaft (einer Zielvorstellung der Nationalsozialisten) gezwungen, jeweils alle Leistungen selbst zu tragen und die Heimatwirtschaft allein wieder funktionsfähig zu machen (Blumenberg-Lampe (Hg.) 1986: 88 f.). Mit Hilfe dieser Formel ließ sich erklären, warum beim Übergang zur Friedenswirtschaft kein „Kriegsgewinn“ einkalkuliert werden konnte.

Wie gleich deutlich werden wird, kreisen die Versuche zur Lösung des Problems des „Übergangs zur Friedenswirtschaft als Aufgabe“ (wie man in bewusste Anlehnung an Lampe formulieren könnte) um die gleichen Basisaufgaben, die Lampe in seiner Wehrwirtschaftslehre angesprochen hat.²⁰ Die Antworten haben aber nicht einfach ein umgekehrtes Vorzeichen, und zwar aus zwei Gründen:

- Die Nationalsozialisten hatten die Kriegswirtschaft Deutschlands zumindest in den Endjahren unter Beibehaltung privaten Produktionsmitteleigentums zentralverwaltungswirtschaftlich organisiert (Schneider 1996; Schneider und Harbrecht 1996). Deshalb musste ein *doppeltes Transformationsproblem* bewältigt werden: das des Übergangs von einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft (das ist das Gegenstück zur Aufgabe der Wehrwirtschaftslehre) und das der Umformung einer Zentralverwaltungs- in eine Marktwirtschaft.
- Außerdem fanden sich in der Arbeitsgemeinschaft neben Lampe Vertreter anderer Konzeptionen. Insbesondere die sehr einflussreichen Mit-

¹⁹ Kurzlebensläufe der Teilnehmer findet man bei Blumenberg-Lampe (Hg.) (1986: 605–617) und in Thielicke (Mitarb.) (1979: 157–167). Eine Liste der Teilnehmer an den einzelnen Sitzungen findet sich bei Blumenberg-Lampe (Hg.) (1986: 619–622).

²⁰ Die Arbeitsgemeinschaft hat sich auf Anregung u.a. von Lampe dem Transformationsproblem zugewendet (Breker 2002: 107 m.w.N. und Anhang 5). Dies kann man als ein Indiz dafür ansehen, dass zumindest Lampe an ein Gegenstück zu seiner Wehrwirtschaftslehre gedacht hat.

glieder der Freiburger Schule (also Böhm und Eucken) hielten sehr viel weniger von einem „produktiven Interventionismus“ als Lampe und strebten eine auf ordoliberalen Prinzipien und Konformitätskriterien gestützte „Politik aus einem Guss“ an (Grossekketter 1997). Diese Divergenz und weitere Anschauungsunterschiede machten Kompromisse erforderlich, obwohl es an sich einen breiten Konsens auf liberaler Grundlage gab.

Die Arbeitsgemeinschaft hat mehr als 40 Teilgutachten diskutiert, die teilweise durch Folgegutachten ergänzt wurden. Blumenberg-Lampe (Hg.) (1986) hat sie in einem Quellenband zusammengestellt. Das angestrebte Gesamtgutachten sollte Ende 1944 erstellt werden; dies wurde jedoch – so Blumenberg-Lampe (1986: 28) – durch die Verhaftung von Dietzes und Lampes im Gefolge des 20. Juli verhindert. Lenel (1988: 289–291) bezweifelt allerdings, dass es überhaupt – und wenn so schnell – zu einem Gemeinschaftsgutachten gekommen wäre. Er führt an, dass es drei schwer zu vereinbarende Einstellungen gegenüber Eingriffen in Wirtschaftsprozesse gegeben habe: Euckens eher interventionsfeindliche, Lampes auf „produktive Interventionen“ gerichtete und Wessels interventionsfreudige. Wie dem auch sei: Blumenberg-Lampe (1973: 61–129) hat die Teilgutachten in systematischer Form ausgewertet. Deshalb kann eine Gegenüberstellung mit den Basisproblemen vorgenommen werden, die Lampe in der Wehrwirtschaftslehre behandelt. Seine Handschrift ist ohnehin in den meisten Dokumenten zu erkennen, weil er Vorgutachten und Protokolle erstellt und noch dazu wohl viele Modifikationen von Teilgutachten verfertigt hat.²¹

Die *Aufgabenbeschreibung* wurde schon dargestellt: Es geht um den Abbau der Zwangs- und den Aufbau der Marktwirtschaft sowie den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. Als *Ausgangslage* wird ein völlig verarmtes Deutschland mit stark reduzierter Produktionskapazität vorausgesetzt, das über keine klar bestimmte Wirtschaftsordnung verfügt.²² Angestrebt wird eine Marktwirtschaft, in der sich der Staat als Ordnungsmacht betätigt.

Eine erste Hauptaufgabe war der *Gesamtausgleich von Angebot und Nachfrage*. Dies setzte eine Abschöpfung von Kaufkraft voraus, die sich im Dritten Reich aufgrund der zurückgestauten Inflation gebildet hatte. Außerdem musste die Rüstungsindustrie sehr stark reduziert und der Produktionsapparat wieder auf die Befriedigung privater Bedürfnisse umgestellt werden. Die damit einhergehende Gefahr einer Umstellungsarbeitslosigkeit sollte zusammen mit dem Kapitalmangel über eine flexible Lohnpolitik und das Streben nach einer arbeitsintensiven Produktion abgewendet werden.

²¹ Gerade dies könnte allerdings zu einer gewissen Überbewertung des Anteils Lampes an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft führen (Lenel 1988: 289).

²² Vgl. hierzu und zum Folgenden Blumenberg-Lampe (1973: 56–131).

Die Teilprobleme der Kaufkraftabschöpfung und damit auch einer „*Währungsreparatur*“ wurden intensiv diskutiert. Man dachte für das Inland an das Herabstempeln von Geldscheinen, die Sperrung von Guthaben und die Kombination dieser Maßnahmen mit einer später zu tilgenden Wiederaufbauanleihe oder mit einer Freigabe der Sperrkonten nach Maßgabe des realen Wachstums. Eine einheitliche Empfehlung ist aber anscheinend (noch) nicht erreicht worden. Im Außenverhältnis wollte man *Einfuhrgutscheine* gemäß dem oben diskutierten *Krogmann-Plan* als Übergangslösung einsetzen.

In der *Finanzpolitik* wurde ein möglichst rascher Übergang zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt und der Aufbau eines funktionsfähigen Steuersystems als wichtigste Aufgaben angesehen. Hierbei wurden einerseits Steuern angestrebt, welche den Investitionswillen nicht behindern; andererseits wurde allerdings – ein gewisser Widerspruch – eine starke Steuerprogression und ein Schwergewicht im Bereich der Einkommensbesteuerung gefordert. Ein eventuell notwendig werdender Finanzausgleich sollte über die Möglichkeit von Zuschlagsrechten auf die veranlagte Einkommensteuer gelöst werden.

Im Rahmen der *Wettbewerbspolitik* wurden ein Kartellverbot, eine staatliche Kontrolle des Verhaltens von privaten Monopolen, eine Monopolsteuer und eine Kontrolle des Verhaltens staatlicher (natürlicher) Monopole gefordert.

Im Bereich der *Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik* sollte den heimkehrenden Soldaten nach Möglichkeit eine Rückkehrmöglichkeit auf die Vorkriegs-Arbeitsplätze eingeräumt werden, was mit besonderen Kündigungsrechten gegenüber ausländischen und weiblichen Arbeitskräften einhergehen musste und Sonderregelungen für zerstörte Arbeitsplätze verlangte. Wanderungen zu besser bezahlten Arbeitsplätzen sollten gefördert werden. Es sollte eine staatliche Arbeitsmarktordnung geschaffen werden, und die Löhne sollten bewusst niedrig gehalten werden, um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sollten gegründet werden können, aber einer staatlichen Überwachung unterliegen. Die Gewerkschaften sollten Träger der Arbeitslosenversicherung werden.

Bezüglich der *Agrarpolitik* wurde gefordert, die Landwirtschaft vor Einflüssen wie etwa Dumping-Preisen zu schützen, die sich aus strategischen Handlungen von Staaten mit Zentralverwaltungswirtschaften ergeben könnten. Im Inland sollte eine wettbewerblich ausgerichtete Politik mit Härtefallausgleich betrieben werden.

Neu im Vergleich zur Lampeschen Wehrwirtschaftslehre sind *wohnungswirtschaftliche Überlegungen*. Eine Wohnungspolitik wurde wegen des kriegsbedingt großen Wohnungsdefizits gefordert. Eine vorübergehende Wohnungszwangswirtschaft wurde als akzeptabel eingestuft, der Übergang zu einer marktwirtschaftlichen Regelung in der Zukunft aber gefordert. Mietpreise sollten vorerst reguliert werden, und einkommensschwachen Personen sollte über Transferzahlungen geholfen werden.

Insgesamt zeigt diese Kurzübersicht eine Vielzahl von Spiegelbildproblemen zur „Wehrwirtschaftslehre“; sie zeigt allerdings auch, dass die Arbeitsgemeinschaft von Beckerath deutlich interventionsfreudiger dachte als etwa die Freiburger Schule. Eine sehr weitgehende Kongruenz ergibt sich lediglich im Bereich der Wettbewerbspolitik.

4.3. Die Arbeitsgemeinschaft und der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium

Bisher wurde noch nicht auf die Verwendung der Gutachten eingegangen. Rückschauend kann man drei Verwendungsarten unterscheiden: (1) die zunächst geplante Verwendung im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre, (2) die geheime Verwendung im Rahmen von Beziehungen zu Widerstandsgruppen und (3) die Verwendung in der Nachkriegszeit in Zusammenarbeit mit den Alliierten. Hinzu tritt (4) eine Wiederaufnahme der gemeinsamen Gutachtertätigkeit im Rahmen des Wissenschaftlichen Beirats zunächst bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und nach der Gründung der Bundesrepublik dann beim Bundeswirtschaftsministerium.

(1) Die Arbeitsgemeinschaft hatte auf ihren ersten Treffen beschlossen, ein „Gemeinschaftsgutachten“ zu verfassen, um „ein wenigstens einigermaßen klar umrissenes wirtschaftspolitisches Programm [für eine Übergangswirtschaft nach dem Kriege, H.G.] zu entwerfen [...], um [...] zur Vermeidung eines vollendeten Chaos beizutragen“²³. Dieses Gutachten war nach Ansicht von Blumenberg-Lampe (1973: 46) Mitte 1944 soweit gediehen, dass für Ende September eine Abschlusssitzung geplant war (anders wie gesagt Lenel: 289–291). Hierzu ist es – wie bereits ausgeführt – jedoch nicht gekommen, u.a. wohl weil von Dietze und Lampe verhaftet wurden. Wäre das Gutachten tatsächlich abgeschlossen worden, hätte es einem größeren Kreis von Wissenschaftlern vorgestellt werden sollen, um mit deren Hilfe die Chancen zur Politikbeeinflussung zu erhöhen (Blumenberg-Lampe 1986: 28).

(2) Die Arbeitsgemeinschaft als Ganzes hatte kaum Kontakte mit den Widerstandskämpfern. Blumenberg-Lampe (1973: 58) vermutet jedoch, dass Lampe Verbindungen zur Widerstandsbewegung des Kreisauer Kreises hielt. Jedenfalls wurde Peter Graf Yorck von Wartenburg regelmäßig mit den Teilmitteln der Arbeitsgemeinschaft versorgt (ebd.).²⁴ Auch von Dietze und Schmolders hatten Verbindung zu den Kreisauern (Blumenberg-Lampe 1973: 49). Nach van Roon (1967: 272 f.) dienten die Gutachten der Arbeitsgemeinschaft den Kreisauern als Material.

²³ Brief von Lampe an Schmolders im April 1943 (zit. nach Blumenberg-Lampe 1973: 90).

²⁴ Zum Kreisauer Kreis vgl. Rüter (2002: 374–415) und Roon (1967).

Über von Dietze, Eucken und Lampe bestand ein weiterer Kontakt zur Widerstandsbewegung, und zwar zu Carl Goerdeler, für den 1942/43 eine „Wirtschaftsfibel“ erarbeitet wurde. Diese sollte nach einem Umsturz als Unterrichtsmaterial zur Volksaufklärung über grundlegende Wirtschaftsfragen dienen (Blumenberg-Lampe 1973: 49 f.). Außerdem sollte sie zur Entmythologisierung der angeblichen wirtschaftspolitischen Erfolge der Nationalsozialisten beitragen, welche in Wahrheit ja selbst bei einem gewonnenen Kriege nicht nachhaltig gewesen wären. Diese Fibel galt lange Zeit als verschollen. Rüter (2002: 18) hat jedoch im Bundesarchiv in Koblenz im Nachlass Popitz ein Manuskript entdeckt, das höchstwahrscheinlich die gesuchte Fibel ist. Sie kann als Beleg für die Zusammenarbeit zwischen Goerdeler und der Arbeitsgemeinschaft gewertet werden, für die es auch weitere Belege gibt (Blumenberg-Lampe 1973: 50 f.).²⁵

(3) Insbesondere Lampe bemühte sich 1945, mit den Alliierten Kontakt aufzunehmen und die Gutachten der Arbeitsgemeinschaft als Vorarbeiten zu verwerten (Blumenberg-Lampe 1973: 132–147). Es wurde – letztlich vergeb-

²⁵ Die Wirtschaftsfibel (NL Popitz, BA Koblenz 262/87), ist ein maschinengeschriebenes Manuskript, das mit einem „Vorwort“ beginnt; sie wird auch im Text nicht als „Fibel“ bezeichnet, und die Verfasser bleiben ungenannt. Es wird aber immer wieder betont, dass das Ziel der Schrift in der Aufklärung der gesamten Bevölkerung und in deren Immunisierung gegen Ideologien bestehe. Auf Seite 5 bezeichnen sich die Verfasser als „Professoren der Nationalökonomie“. Es gibt außerdem verschiedene Passagen, die einem Kenner der Schriften Euckens und Lampes nach Inhalt und Diktion sehr vertraut vorkommen. Die Zielsetzung der Fibel kommt am besten in dem folgenden Zitat zum Ausdruck, das gleichzeitig einen Beleg für die – häufig bestrittene – demokratische (und nicht etwa elitäre) Einstellung der Verfasser bildet: „Wir dürfen unser Bemühen nicht darauf richten, durch eine Propaganda die Menschen zu überreden [...], (die) nur darauf ausgehen (kann), uns benommen zu machen, uns das eigene Denken und Urteilen abzugewöhnen [...]. Daher bleibt die Hauptbestimmung dieser Schrift, zum Nachdenken aufzurufen und anzuregen“ (Manuskript, handschriftlich S. 122).

Auch im Nachlass Goerdeler ist ein maschinenschriftliches Manuskript einer „Wirtschaftsfibel“ erhalten. Diese Wirtschaftsfibel (NL Goerdeler, BA Koblenz 1113/13) stammt offensichtlich von Goerdeler selbst und ist auch als solche betitelt. Sie „macht den Versuch, die für die wirtschaftliche Tätigkeit ewig geltenden Gesetze darzulegen ...“ (S. 4). Manches in der Goerdelerschen Fibel klingt sehr befremdlich, so etwa, wenn die Fähigkeit zur Entwicklung höherer Wirtschaftsformen nur den Menschen zugesprochen wird, die in einer Zone mit „gemäßigtem Klima“ leben (S. 11), oder wenn „Jazzmusik ... als tönender Niederschlag triebhafter Gefühle“ und als typisch für Menschen bezeichnet wird, die geistig zurückgeblieben seien, weil ihnen die Natur in ihren Herkunftsländern zu wenig Arbeit und Kampf um die Nahrung abverlangt habe (S. 10).

Die vorstehenden Zitate sind typisch für den Unterschied zwischen der Wirtschaftsfibel im Nachlass Popitz (BA Koblenz 262/87) und der Wirtschaftsfibel im Nachlass Goerdeler (BA Koblenz 1113/13). Es spricht jedoch manches dafür, dass Goerdeler – wiewohl Autodidakt – zum Teil auch Ansichten seiner akademischen Diskussionspartner übernommen hat. So argumentiert er einerseits auf der Basis des klassischen ökonomischen Liberalismus, macht auf der anderen Seite aber – wie Lampe – den Vorschlag, dass der Staat durch Interventionen die Mechanismen einer klassischen Marktwirtschaft stimulieren und verstärken solle (Gillmann 2002: 82 f.)

lich – eine Verbindung zu General Clay gesucht und es wurden „Währungsgutachten“ der Arbeitsgemeinschaft für das Military Government of Germany und das Gouvernement de Militaire de Bade ausgearbeitet. In beiden Gutachten wurde betont, dass eine Währungsreform mit einer neuen (marktwirtschaftlichen) Wirtschaftsordnung einhergehen müsse.

Eine weitere Kontaktaufnahme hatte schon nicht mehr die Besatzungsmächte zum Ziel, sondern bereits den von ihnen eingesetzten Ludwig Erhard, den damaligen Leiter des Bizonenwirtschaftsamtes. Ihm wurden Thesen übersandt, die vorwiegend für die Rothenberger Hochschullehrertagung zur Wiedergründung des Vereins für Socialpolitik verfasst, dort aber nur von einer Minderheit gut geheißen worden waren (Blumenberg-Lampe 1973: 147–150).

(4) Am 29. Januar 1948 trafen sich auf Einladung der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 17 deutsche Wirtschaftswissenschaftler und beschlossen einen Beirat zu bilden, der nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland dann den Namen „Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft“ annahm (Grossekketter 2004: 3). Ein Großteil dieser Wissenschaftler – so Böhm, Eucken, Lampe, Preiser und Wesels und später auch von Beckerath – waren Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Erhard hielt mit seinem Beirat einen sehr engen Kontakt und hat die Grundsatzfragen vieler Vorhaben mit ihm besprochen, bevor im Ministerium dann die eigentliche Gesetzgebungsarbeit begann. Deshalb gewann der Beirat einen nicht unerheblichen Einfluss (Grossekketter 2004: 4). Dabei zeigte sich innerhalb des Beirats bei manchen Fragen allerdings ein Spannungsverhältnis zwischen den Mitgliedern der Freiburger Schule i.e.S. (Böhm und Eucken) und dem Rest des Beirats. Dieser war in seiner Mehrheit, zu der auch Lampe gehörte, deutlich interventionsfreudiger als die Freiburger (Blumenberg-Lampe 1973: 153). Eine einflussreiche Tätigkeit im Beirat hätte Lampes Wünschen stark entsprochen. Leider konnte er nur noch ihre allerersten Anfänge erleben.

5. Zusammenfassung

Adolf Lampe (1897-1948) hat sich sein ganzes Leben als Volkswirt in der Rolle eines „Wirtschaftsarztes“ gesehen, der Vorschläge zur Behandlung von Koordinationsmängeln machen müsse. Er plädierte für einen „produktiven Interventionismus“ im Rahmen einer „halbautomatischen Konkurrenzwirtschaft“, die durch den Abbau von Transaktionskosten an Ergebnisse des klassischen Ideals einer friktionslos funktionierenden Marktwirtschaft mit stabilen Marktprozessen herangeführt werden sollte.

Mit als seine größten Herausforderungen betrachtete Lampe die Fragen der Umstellung von einer Friedens- in eine Kriegswirtschaft und der Transformation einer Kriegs- in eine Friedenswirtschaft. In der Analyse dieses doppelten Transformationsproblems stellt er – dogmengeschichtlich gesehen – eine singuläre Erscheinung dar. Die wirtschaftliche Problematik der Friedens-Kriegs-

Transformation behandelte er in seiner „Allgemeinen Wehrwirtschaftslehre“, die Problematik der Kriegs-Friedens-Transformation im Rahmen seines außerordentlich engagierten Mitwirkens in der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath, der er dieses Thema vorgeschlagen hatte und in der er die Rolle eines Motors übernahm.

Seine Vorschläge für eine marktwirtschaftliche Wehrwirtschaftspolitik wurden nicht befolgt und trugen zusammen mit seinen Kontakten zur Widerstandsbewegung dazu bei, dass er 1944 von den Nationalsozialisten verhaftet wurde. 1946 wurde er dann noch einmal von den Franzosen verhaftet, und zwar deshalb, weil diese glaubten, die „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“ habe der Vorbereitung des Totalen Krieges gedient. Das Buch wurde also sein Schicksalsbuch, hatte gleichwohl aber keinerlei Einfluss auf die praktische Politik.

Auch die Arbeitsgemeinschaft von Beckerath schien zunächst erfolglos zu bleiben. Erst nach der Gründung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, dem viele Arbeitsgemeinschaftsmitglieder und so auch Lampe angehörten, stellten sich Beratungserfolge ein. Leider hat Lampe davon nur die ersten Anfänge erlebt.

*Anhänge*²⁶:*Anhang I:**Brief Adolf Lampes an seine Eltern, München, den 14.11.1923 (ACDP I-256-K045/2)*

Liebste Pama^[1]! Mein Brief kommt wieder zu spät und ich verzichte demgemäß ganz feierlich und ausdrücklich auf pünktliches Eintreffen des mir sonst zgedachten Sonntagsbriefes. Ich habe in den letzten Tagen ein wenig getrödel, muß ich schon sagen. Die politische Hetz hat einen schlapper gemacht als zu denken ist. Zwischen meinem vorigen Brief und diesen Zeilen liegt die größte Blamage, die die deutsche Studentenschaft sich wohl je zugezogen hat. Am Samstagnachmittag fand die erste große „wilde“ (in jedem Sinne wilde) Studentenversammlung ... pro Hitler im Lichthof der Universität statt. Die habe ich verpasst. Mir genügte aber auch das, was ich am Montag miterlebte. Keine Stecknadel konnte in dem riesen Raum zu Boden fallen. Von einer der Galerien aus wurde die Versammlung geleitet. Das heißt ein Mann mit der obligaten schwarz-weiß-roten Fahne (die nie mehr als da geschändet worden ist) stand dort, schwang den Fetzen in der Luft und versuchte lauter zu brüllen als die anderen. Das gelang ihm zeitweise, soweit daß man ihn oder auch einzelne Redner vorübergehend verstehen konnte. Schließlich wollte er für und gegen Kahr abstimmen lassen.^[2] Mit zusammen sechs Mann hob ich - ausgerechnet ich - den Arm. [Das sind Georg Halm, Fritz Hauenstein, Franz Haber, Paul Helfrich, die alle Schüler von Weber waren.] So feig war die ganze übrige[n] Gesellschaft, so stand sie unter der Massenpsychose und unter dem Terror der rabiatischen Hakenkreuzmänner, daß die große Mehrheit der Nicht-Antisemiten sich nicht zu ehrlicher Meinungsäußerung aufschwingen konnte. Das war mir denn doch zu albern und ich drängte mich zu der bewußten Galerie durch, um zu sprechen. Das wäre mir auch gnädigst, (unter ausdrücklicher Anerkennung meines Mutes... das ist sehr bezeichnend) gewährt worden..., aber da kam Kapitänleutnant Ehrhardt. Ich stand wenige Meter von ihm entfernt. Er ist sehr klein, hat ein durchaus energisches Gesicht, spricht ohne Pathos mit militärischer Schärfe. Ich war überaus erfreut, sehr vernünftige Worte von ihm zu hören. „Sehr“ ist relativ zu verstehen. Er behauptete nämlich allerdings, daß er an die allein beseligende und erlösende Kraft der völkischen Bewegung glaube, hielt der Bande - jedes andere Wort wäre entschieden zu gut - mit aller Ruhe vor, daß es lächerlich sei, Politik ohne Macht zu treiben, die Reichswehr und die Polizei aber habe die Macht in den Händen und sei gewillt, rücksichtslos vorzugehen. Auf den Zwischenruf: wo war Ehrhardt am 8. u. 9., erklärte er kurz, er sei Soldat genug, um sich nicht an Dingen zu beteiligen, die von vornherein aussichtslos erscheinen. Diese Behauptung [nächstes Wort unlesbar] in Erinnerung an den doch fast ebenso albernen Kapp-Putsch etwas wackelig! Jedenfalls aber forderte er die Blase auf, sich zu zerstreuen und sich zum Empfang weiterer Befehle zu ihren Gruppenführern zu begeben, er sei bereit, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, wenn ihm unbedingter Gehorsam zugesagt würde. Das geschah zunächst mit der üblichen Versammlungsbegeisterung. Als ich später durch die Universität an einer aufgeregten diskutierenden Gruppe vorbeiging, war den „Nur-Hitlerianern“ mit einer umfangreichen Hörerschaft klar, dass Ehrhardt ein ausgekochter Schuft sei... ! Die Gruppen und Grüppchen sind bereits gar nicht mehr zu übersehen, die sich da bilden und von

²⁶ Die folgenden fünf Anhänge sind Abschriften von Dokumenten, die sich im Nachlass Lampe des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) befinden. Der Verfasser dankt Christine Blumberg-Lampe dafür, dass sie ihm den Einblick in die Dokumente ermöglicht hat und dem ACDP für die Genehmigung zum Abdruck.

^[1] „Pama“ ist die gemeinsame Anrede Lampes für seinen Vater Willi (Pa) und seine Mutter Frieda (Ma).

^[2] Der bayrische Generalstaatskommissar Gustav v. Kahr hatte den Putschversuch Hitlers vom 8/9. November 1923 mit Hilfe von Polizei und Reichswehr niedergeschlagen (H.G.).

denen jede die Welt bekehren will. Ich glaube schon, dass ich sehr recht hatte, als ich neulich schrieb, der Kern unseres Unheils sei unsere Intoleranz, die wir für stärker halten, weil wir nicht Großzügigkeit, sondern Kompromiß als das einzig mögliche Gegenstück betrachten --- Nach Ehrhardt sprach Prof. Sauerbruch, der sehr klug durchdachte Mahnungen gab... um immer wieder niedergejohlt und späterhin von dem sogenannten Versammlungsleiter mit Gewalt zurückgedrängt zu werden. Dabei ist Prof. S. stark rechts gerichtet und als Führer der Nationalen Studentenschaft begeistert verehrt worden. Als nach der Versammlung die Studenten sich vor der Universität zusammenrotteten, und die Polizei mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben dazwischenfuhr, wurde der wackere Mann auch noch verwundet als er Schlimmstes verhindern wollte. Schlimmer als die Kopfwunde wird ihm die Enttäuschung sein, dass er s o von deutschen Studenten behandelt werden konnte wie es geschehen. Fast noch übler erging es dem Rektor, der permanent niedergeschrien wurde, was er allerdings zum guten Teil auf eigenes Konto zu schreiben hat, weil er sich feige und schlapp benahm. --- Nach Auflösung der Versammlung wurde durch Senatsbeschluß die Universität gesperrt, um erst morgen wieder in Betrieb zu kommen.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man erklärt unsere Studenten samt und sonders für Lumpen oder man muß sehr, sehr nachsichtig sein gegenüber allem, was die Masse Mensch tut und da die primitiven Menschen, die Arbeiter und die Halbgebildeten, eben der Massensuggestion und überhaupt dem Massenteilchenleben weit stärker unterworfen sind als die Oberschichten, so muß ich nach dem Erleben ihnen gegenüber nun noch vorsichtiger urteilen, als ich bisher schon tun zu müssen glaubte. – Es ist gar nicht recht zu fassen, gerade die Menschen, die aus innerstem Wesen gegen den Parlamentarismus, gegen den Massenterror, gegen die Herrschaft der Straße zu sein behaupten: Gerade sie benutzen in der unerhörtesten Weise und an der unpassendsten Stelle diese verpönten Mittel. Und das sollen die Führer des werdenden Deutschlands sein? Bewahren uns alle guten Geister davor? Und das wäre die Bewegung, die unser Erlösungsschicksal auf starken Schultern tragen sollte? Nein, nie und nimmer! Mir scheint, daß dem Gärungsprozeß des Sozialismus, der in menschenmöglichen Bahnen einzubiegen sucht, nun die Gärung des Nationalismus folgt.

Die Straßen haben sich völlig beruhigt und es ist in den nächsten Tagen kaum mit größeren Unruhen zu rechnen. Natürlich erscheint es aber mehr als fraglich, ob die Hitlerianer nun endgültig klein beigegeben. Daß Hitler in München von Kahr gefangengesetzt wurde, das hätte mal einer prophezeien sollen. Die Amnestieforderung der Kampfverbände ist abgelehnt worden. Die Gesellschaft hatte sogar die Frechheit zu verlangen, es solle das Wort Amnestie vermieden werden, denn es habe sich um eine nationale Tat gehandelt und da gebe es nichts zu „verzeihen“!!

Ich will den Brief einwerfen. ...

*Anhang 2:**Brief des Majors des Generalstabs Beutler an Adolf Lampe am 28.1.1937
(ACDP I-256-K034/4)*

B e u t l e r
Major des Generalstabes.

Berlin, den 28. Januar 1937.

An
Herrn Professor Dr. Adolf L a m p e
Freiburg / Brsg.
Goethestraße 66.

Sehr geehrter Herr Professor!

Nach reiflicher Überlegung über die weitere Behandlung Ihrer Wehrwirtschaftslehre bin ich auf Grund Ihrer Ausführungen zu dem Entschluß gekommen, Ihnen anheim zu stellen, Ihre Arbeit zu veröffentlichen.

Damit will ich aber nicht gesagt haben, daß ich die Veröffentlichung vom politischen Standpunkt aus für ungefährlich halte. Sie müssen heute auch bei einer noch so großen taktischen Korrektur mit politischen Angriffen schärfsten Ausmaßes rechnen. Die Grundlinie Ihrer Arbeit liegt der heutigen Wirtschaftsauffassung so entgegen, daß Sie bei noch so ernsthaftem Bemühen auf sehr wenig Verständnis stoßen werden.

Da ich Ihnen aber eine interne Auswertung Ihrer Arbeit hier sowohl wie in anderen öffentlichen Stellen nicht in einem Ausmaße zusichern kann, wie Sie es von Ihrem Standpunkt vielleicht mit Recht fordern können, so sehe ich leider keinen anderen Weg, als Ihnen Ihre Arbeit zur Veröffentlichung zurückzugeben.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

(Unterschrift)

Anhang 3:

Brief des Dr. med. H. Koenigsfeld, früheren Professors an der Universität Freiburg Br. vom 2. April 1946, Villard (Creuse), ggf. Adressat?
(ACDP I-256-003)

Mit grosser Bestürzung habe ich gehört, dass Herr Adolf Lampe, Professor an der Universität Freiburg, suspendiert und darüber hinaus interniert worden ist mit der Begründung er sei ein Nazi und ein Feind der Demokratie.

Wenn ich mir erlaube, in dieser Angelegenheit meinen Standpunkt darzulegen, möchte ich einleitend feststellen, dass ich selbst ein Opfer des Nationalsozialismus bin. Aus rassistischen Gründen – ich bin sogenannter nicht-arischer Abstammung – bin ich von den Nazis verfolgt worden. Meine Professur an der Universität wurde mir genommen, die Ausübung meines Berufes als Arzt wurde mir verboten, mit Gewalt wurde ich aus Deutschland vertrieben und in ein Konzentrationslager verbracht, schliesslich wurde mir mein Hab und Gut gestohlen. Wahrscheinlich ist meine ganze Familie von den Nazis gemordet worden. Wenn ich mich jetzt für jemanden einsetze so liegt es auf der Hand, dass dieser Mann nie und nimmer Nazi gewesen sein kann.

Ich kenne Herrn Lampe seit 1929; er war mir immer ein guter Freund (ich verwende selten das Wort "Freund" für meine Beziehungen zu anderen Menschen) und er ist mein Freund nach der Machtergreifung durch Hitler geblieben bis zum Jahre 1940, in dem ich verhaftet und durch die Gestapo verschleppt worden bin. In einer Zeit, in der fast mein ganzer Bekanntenkreis alle Beziehungen zu mir abbrach aus Furcht vor den Nazis, hat Herr Lampe mir die Freundschaft gehalten. Ich war der Hausarzt seiner ganzen Familie, obwohl man ihm dies unter Androhung von Repressalien verboten hatte.

Ich weiß bestimmt, dass Herr Lampe niemals ein Nazi gewesen ist. Er war von jeher ein grosser Gegner des Nazi-Regimes und ich weiss, dass er sich schon 1933 darum bemüht hat, einen Wirkungskreis im Ausland zu finden, da er in einem nationalsozialistischen Lande nicht leben wollte.

Herr Lampe ist einer der ehrenhaftesten Menschen, die ich überhaupt kenne. Ich möchte noch erwähnen, dass er überzeugter Christ ist und eines der ersten Mitglieder der Bekenntnis-Kirche war, die in scharfem Gegensatz zum Nationalsozialismus stand.

Herr Lampe hat 1938 ein Buch über „Wehrwirtschaftslehre“ geschrieben. Ich kenne dieses Werk und es ist mir unverständlich, wie man sagen kann, dass er mit diesem Buch den Krieg vorbereitet habe. Er hat im Gegenteil immer auf die Gefahren eines Krieges hingewiesen und als der Krieg ausgebrochen war, war er vom ersten Augenblick an davon überzeugt, dass Deutschland ihn verlieren werde.

Oft haben wir uns über den Nationalsozialismus und den Krieg unterhalten und ebenso oft haben wir gemeinsam heimlich den englischen Rundfunk gehört. Ich kenne die Ansicht von Herrn Lampe über den Nationalsozialismus und den Krieg. Der Vorwurf, dass er ein Nazi und ein Wegbereiter des Krieges gewesen sei, ist völlig abwegig.

Ich bin überzeugt, dass die ganze Sache auf einer böswilligen Verleumdung beruht, vielleicht von Seiten eines verkappten Nazi, der ihm damit eins auswischen wollte.

Wenn ich mich in dieser Hinsicht bemühe, so geschieht das nicht nur, um einem Unschuldigen zu helfen. Während meines langen Aufenthaltes in Frankreich habe ich dieses Land schätzen und von ganzem Herzen lieben gelernt und ich möchte nicht, dass Frankreich, das im Laufe seiner Geschichte stets ein Land der Gerechtigkeit und der Zuflucht für alle unschuldig Verfolgten war, jetzt einem unschuldigen Menschen Unrecht zufügt.

gez. Dr. H. Koenigsfeld

Anhang 4:

*Abschrift einer Widmung auf Briefpapier Prof. Dr. A. Lampe
(ACDP I-256-K046/1)*

In der ernstesten Stunde, die wir erleben, seit Du, Liebste, mein bester Kamerad geworden bist, schreibe ich Dir noch einige Widmungsworte in dies Buch, das als Ganzes Dir gewidmet ist, weil es durch Dein Miterleben und Mittragen, Deine opferbereite Fürsorge und Dein kluges Mitdenken an vielen seiner Fragen erst recht ermöglicht und wesentlich gefördert worden ist. Als ein Buch über Probleme des Krieges sollte es dem Frieden dienen durch den Nachweis der Ungeheuerlichkeit aller Kriegsoffer. Seine Stimme war zu schwach; sie ist überhört worden. Ich gebe noch immer nicht letzte Hoffnungen auf irdischen Wandel des Geschehens auf. Wenn aber das nach menschlichem Ermessen Schlimmste über unsre Heimat kommt, dann wollen wir daran denken, wie oft schon Böses zum Guten geführt hat, und wollen fest und unbeirrt den Weg des Glaubens weiterverfolgen, auf dem Du, bester Kamerad, mir vorangegangen bist. Im Geiste herzlicher Liebe und im Gebet werden wir beieinander bleiben, auch wenn uns äusserlich Trennung auferlegt wird. So werden wir auf der festen Grundlage des Gotteswortes bleiben, das unsren Bund gesegnet hat : Einer trage des anderen Last. Dürfen wir einen kommenden Frieden nicht mehr gemeinsam erleben – unser gütiger Gott möge Dein und der Kinder Leben erhalten –, dann pflege mit unsren Jungen die Erinnerung an die Jahre unsres gemeinsamen Glücks und unsres Ringens um rechten Glauben. Laß mich als letztes hier den herrlichen Gesangbuchvers herschreiben, aus dem Du für Dich und mich in diesen Tagen immer wieder Kraft schöpfen durftest: Herr erbarm, erbarme Dich! Über uns sei, Herr, dein Segen! Leit und schütz uns väterlich, Bleib bei uns auf allen Wegen! Auf Dich hoffen wir allein, laß uns nicht verloren sein!

Dein
(Unterschrift)

Anhang 5:
Titel / Anlass
(ACDP I-256-017)

Freiburg i. Brsg., den 30.10.1941

Wir haben uns entschlossen, das Thema „Systematik der wirtschaftspolitischen Aufgaben“ im Hinblick auf eine bestimmte Lage zu behandeln, da zwischen uns strittig ist, ob eine ganz allgemein angesetzte Untersuchung sinnvoll wäre, und ob eine solche Aufgabe überhaupt einer praktisch brauchbaren Lösung entgegengeführt werden kann. Die bei Kriegsende zu erwartende Lage in's Auge zu fassen, ist nach unserer Überzeugung für die Arbeiten des Ausschusses noch wichtiger als systematisch diejenigen Ziele und Mittel zu behandeln, welche die gelenkte deutsche Wirtschaft in der Vergangenheit erkennen lässt. Die Aufgaben, welche die Wirtschaftspolitik für den Aufbau einer leistungsfähigen Friedenswirtschaft zu lösen hat, werden selbstverständlich im einzelnen je nach der Dauer und dem Ausgang des Krieges und nach dem Inhalt der Friedensschlüsse verschieden aussehen. In jedem Falle stellt sich jedoch – nur mit gewissen Gradunterschieden – eine Reihe gleicher Probleme.

Wir schlagen vor:

Thema I. Wie wirkt ein moderner, totaler Krieg auf die Volkswirtschaft ein?

Alle nachfolgenden Themen sind inhaltlich bestimmt durch die Antwort auf diese erste Grundfrage.

Im einzelnen wären als Ursachen der Wirkung zu untersuchen:

1. die lang dauernde Ablenkung großer Teile der Produktivkräfte für Wehrzwecke;
2. die unzugängliche Ersetzung produzierter Produktionsmittel und der Verzehr von Vorräten,
3. Sinken der menschlichen Leistung (Verdrängung der Unternehmerleistung, Zerreißung der Arbeitsgemeinschaften, Gefährdung der physischen Arbeitskräfte u.a.),
4. Unvollkommenheit in der Wirtschaftslenkung,
5. Zerstörung zwischenstaatlichen Austausches (Blockade, Unmöglichkeit von Gegenleistungen).

Bisher sind die volkswirtschaftlichen Folgen des gegenwärtigen Krieges noch keineswegs überall zum Bewußtsein gekommen. Daher wäre zu behandeln:

Thema II: Wie und wann treten die volkswirtschaftlichen Kriegsfolgen in Erscheinung? (Veränderte Formen nach Kriegsende).

Das wichtigste Wirtschaftsproblem wird nach dem Vorhergesagten sein: Die ungünstigen volkswirtschaftlichen Folgen des Krieges möglichst schnell zu überwinden, die Wirtschaftspolitik wird also den Aufbau einer leistungsfähigen Friedenswirtschaft bestens zu fördern und zu erleichtern haben.

Hieraus ergibt sich:

Thema III: Mittel zur Überwindung der Kriegsfolgen.

Allgemein ist zu sagen, daß eine Überwindung nach dem Vorbild der 1933 ergriffenen Maßnahmen nicht denkbar ist, da ganz andere Aufgaben als in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft bevorstehen. Zwar kann nach Kriegsende sich auch eine Arbeitslosigkeit einstellen; doch fehlt es im Gegensatz zu 1933 an Vorräten, und der Produktionsapparat bedarf in wichtigen Teilen gründlicher Instandsetzung, in anderen der Neuausrichtung. Die weiteren Fragen ergeben sich aus den Feststellungen zu I und II.

Alle im Rahmen des Thema III zu behandelnden Fragen werfen das Problem auf, in welcher nationalen Ordnung die Nachkriegswirtschaft und die künftige Friedenswirtschaft vorzustellen sind. Eine Generalausprache hierüber halten wir jedoch nicht für zweckmäßig, zumal das Ordnungsproblem auch bereits im Ausschuß für Preispolitik mitbesprochen wird und dem nationalen Ordnungsproblem das Außenwirtschaftsproblem vorgelagert ist.

Wir schlagen daher vor:

Thema III 1:

Kann die Ingangsetzung der friedensmäßigen Produktion und ihre baldige Steigerung erfolgen entweder in nationaler Autarkie oder in Großraumwirtschaft oder in Weltwirtschaft? Oder kommt nur eine dieser Möglichkeiten in Betracht?

(Die Besprechung würde sich voraussichtlich bei der Möglichkeit nationaler Autarkie nicht aufzuhalten brauchen, da diese wohl kaum als erstrebenswerte oder durchsetzbare Lösung angesehen werden dürfte). Wie sind in Großraumwirtschaft oder in Weltwirtschaft die zwischenstaatlichen Beziehungen zu ordnen?

Je nach der Stellungnahme zum Außenwirtschaftsproblem ergeben sich verschiedene Voraussetzungen, sowohl für die innere Wirtschaftsordnung wie auch für die Behandlung der weiteren Fragen. Bei diesen müsste u.E. an der Spitze stehen die an das Problem des Anlagenverschleißes und Vorratsverzehre (I 2) anknüpfende Frage, wie die dringend notwendige Kapitalbildung am aussichtsreichsten zu erreichen ist.

Die technischen Probleme können wir nicht im einzelnen erörtern; wir sind uns aber bewußt, daß der Anwendung möglichst vollkommener Technik (nicht gleichbedeutend mit Mechanisierungsrausch) hervorragende Bedeutung für die Ingangsetzung einer leistungsfähigen Friedenswirtschaft zukommt.

Das Thema III 2 (Kapitalversorgung) wäre unterzuteilen in:

III 2a) Wie weit und in welchen Formen soll und kann ausländisches Kapital herangezogen werden?

III 2b) (Kapitalversorgung aus dem Inland):

i) Welche Maßnahmen (Steuerpolitik usw.) können das Angebot an Sparkapital erhöhen?

ii) Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Grenzen ist Geldschöpfung noch notwendig und zulässig?

Weiter wäre entsprechend den zu I 1, I 3 und I 4 zu treffenden Feststellungen zu behandeln:

III 3: Welche Maßnahmen sind geeignet, die menschlichen Leistungen zu halten und wieder zu heben?

III 4: Wie soll die Ausrichtung der Produktion auf den Bedarf vor sich gehen?

III 5: Wie müssen Preis- und Einkommenspolitik aufeinander abgestimmt werden?

Für alle bisher vorgeschlagenen Themen ist schließlich noch folgende Untersuchung erforderlich:

IV. Welche Auskünfte müssen von der Statistik verlangt werden, um die gestellten Fragen nicht nur grundsätzlich, sondern konkret beantworten zu können?

Die gemachten Vorschläge beschränken sich absichtlich auf die ökonomischen Möglichkeiten, die volkswirtschaftlichen Kriegsfolgen zu überwinden. Die mit Ihnen, soweit oder solange sie nicht überwunden werden können, gegebenen sozialen Probleme (nicht nur Arbeiterfragen) werden dem sozialpolitischen Ausschuß überlassen.

gez. Bauer, gez. von Dietze, gez. Eucken gez. Lampe gez. Preiser

*Quellen und Literatur**a) Ungedruckte Quellen*

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung,
Sankt Augustin (ACDP):
- I-256 Nachlass Adolf Lampe

Bundesarchiv Koblenz:

- *Wirtschaftsfibel*: Manuskript einer vermutlich von Walter Eucken, Constantin von Dietze und Adolf Lampe verfassten Wirtschaftsfibel (NL Popitz, 262/87)
- *Wirtschaftsfibel*: Manuskript einer von Carl Goerdeler verfassten Wirtschaftsfibel (NL Goerdeler, 1113/13)

b) Literatur

- BECKERATH, ERWIN VON (1949). Nachruf „Adolf Lampe“, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 105, S. 602–614.
- BECKERATH, ERWIN VON (1959). Art. „Lampe, Adolf“, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Band 6, Tübingen: Mohr und Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 437–438.
- BLAICH, FRITZ (1987). *Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“*, Düsseldorf: Schwann.
- BLUMENBERG-LAMPE, CHRISTINE (1973). *Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“*. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. *Nationalökonomie gegen den Nationalsozialismus*, Berlin: Duncker & Humblot.
- BLUMENBERG-LAMPE, CHRISTINE (1986). Einführung in die Edition, in: Christine Blumenberg-Lampe (Hg.). *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943-1947*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 18–33.
- BLUMENBERG-LAMPE, CHRISTINE (Hg.) (1986). *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943-1947*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- BÖHM, FRANZ (1933). *Wettbewerb und Monopolkampf*, Berlin: Heymann.
- BÖHM, FRANZ (1937). *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung* (= Ordnung der Wirtschaft. Herausgegeben von Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth, Heft 1), Stuttgart, Berlin: Kohlhammer.
- BRANDT, KARL (1993). *Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre. Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik*, Freiburg: Haufe.
- BREKER, OLAF (2002). Ordoliberalismus – Soziale Marktwirtschaft – Europäische Integration. Entwicklungslinien einer problematischen Beziehung, in: Thomas Sandkühler (Hg.). *Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Band 18: Europäische Integration*, Göttingen: Wallstein, S. 99–126.
- EICHHOLTZ, DIETRICH (1996). *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*, Berlin: Akademie-Verlag.
- EUCKEN, WALTER (1940). *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena: Fischer.
- FEDER, GOTTFRIED (1933). *Kampf gegen die Hochfinanz*, München: Eher.
- GILLMANN, SABINE (2002). Die Europa-pläne Carl Goerdelers. Neuordnungsvorstellungen im nationalkonservativen Widerstand zwischen territorialer Revision und europäischer Integration, in: Thomas Sandkühler (Hg.). *Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Band 18: Europäische Integration*, Göttingen: Wallstein, S. 77–98.

- GOLDSCHMIDT, NILS (1997). Die Entstehung der Freiburger Kreise, *Historisch-Politische Mitteilungen* 4, S. 1–17.
- GROSSEKETTLER, HEINZ (1997). *Die Wirtschaftsordnung als Gestaltungsaufgabe. Entstehungsgeschichte und Entwicklungsperspektiven des Ordoliberalismus nach 50 Jahren Sozialer Marktwirtschaft*, Hamburg, Münster: Lit.
- GROSSEKETTLER, HEINZ (2004). *Wissenschaftliche Politikberatung. Beiräte von Ministerien als politikberatende Institutionen*, Münster: Volkswirtschaftliche Diskussionsbeiträge der Westfälischen Wilhelms-Universität Nr. 355.
- HAHN, ALBERT (1920). *Volkswirtschaftliche Theorie des Bankkredits*, Tübingen: Mohr.
- HELMSTÄDTER, ERNST (1987). Vor fünfzig Jahren: Selbstauflösung des Vereins für Socialpolitik, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 107, S. 159–161.
- JANSSEN, HAUKE (2000). *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, Marburg: Metropolis.
- KLUGE, ULRICH (1988). Der „Freiburger Kreis“ 1938-1945 – Personen, Strukturen und Ziele kirchlich-akademischen Widerstandsverhalten gegen den Nationalsozialismus, *Freiburger Universitätsblätter* 27, Heft 102, S. 19–40.
- KROENER, BERNHARD R., ROLF-DIETER MÜLLER und HANS UMBREIT (1988). *Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg. Band 5/1: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- KORGMANN, CARL VINCENT (1931). Zur Regelung der Auslandsverschuldung, *Wirtschaftsdienst*, Heft 14, S. 584–586.
- LAMPE, ADOLF (1922). *Versuche zur Theorie des Unternehmergewinns*, München: unveröffentlichte Dissertation.
- LAMPE, ADOLF (1923). Schumpeters System und die Ausgestaltung der Verteilungslehre, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 121, S. 417–444 und S. 513–546.
- LAMPE, ADOLF (1926). *Zur Theorie des Sparprozesses und der Kreditschöpfung*, Jena: Fischer.
- LAMPE, ADOLF (1933). Binnenhandel und Binnenhandelspolitik, in: Adolf Weber (Hg.). *Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung. Band 4: Handels- und Verkehrspolitik*, München, Leipzig: Duncker & Humblot, S. 1–146.
- LAMPE, ADOLF (1938). *Allgemeine Wehrwirtschaftslehre*, Jena: Fischer.
- LAMPE, ADOLF (1951): Umriss einer allgemeinen Theorie der Wirtschaftspolitik, posthum mit einem Vorwort von E. Preiser veröffentlicht, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 163, S. 81–213.
- LENEL, HANS OTTO (1988). Die sogenannten Freiburger Kreise. Bemerkungen zu Veröffentlichungen, an denen Christine Blumenberg-Lampe mitgewirkt hat, *ORDO* 39, S. 287–294.
- ROON, GER VAN (1967). *Neuordnung im Widerstand: Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München: Oldenbourg.
- RÜBSAM-HAUS, DAGMAR (1994). Widerstand und Nachkriegsplanung. Der „Freiburger Kreis“ als Beispiel kirchlich-akademischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, in: Thomas Schnabel (Hg.). *Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945. Scheitern und Nachwirken*, Ulm: Süddeutsche Verlagsgesellschaft, S. 114–123.
- RÜTHER, DANIELA (2002). *Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler*, Paderborn: Schöningh.
- SCHERBENING, EBERHARD (1938). *Wirtschaftsorganisation im Kriege. Mit einem Überblick über vorbereitende Maßnahmen im Ausland*, Jena: Fischer.
- SCHLÜTER-AHRENS, REGINA (2001). *Der Volkswirt Jens Jessen. Leben und Werk*, Marburg: Metropolis.

- SCHNEIDER, JÜRGEN (1996). Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, in: Jürgen Schneider und Wolfgang Harbrecht (Hg.). *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*, Stuttgart: Steiner, S. 1–90.
- SCHNEIDER, JÜRGEN und WOLFGANG HARBRECHT (1996). Einführung: Wirtschaftspolitische Experimente im Laboratorium Kriegswirtschaft/Weimar/Drittes Reich (1914-48) und in Sowjetrußland, in: Jürgen Schneider und Wolfgang Harbrecht (Hg.). *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*, Stuttgart: Steiner, S. VII–XLIII.
- SCHULZ, WILFRIED (1996). Adolf Lampe und seine Bedeutung für die „Freiburger Kreise“ im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Jürgen Schneider und Wolfgang Harbrecht (Hg.). *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993)*, Stuttgart: Steiner, S. 219–250.
- THIELICKE, HELMUT (Mitarb.) (1979). *In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit*, Tübingen: Mohr.
- THIERACK, OTTO GEORG (1943). 10 Jahre Akademie für Deutsches Recht, *Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht*, Heft 9, S. 121–122.
- TRIEBENSTEIN, OLAF (1968). Adolf Lampes „Allgemeine Wehrwirtschaftslehre“. Einige Betrachtungen zur Geschichte dieses Buches, *Schmollers Jahrbuch* 88, S. 31–49.
- ULPH, ALISTER M. und DAVID T. ULPH (1975). Transaction Costs in General Equilibrium Theory. A Survey, *Economica* 22, S. 353–372.